

Redebeitrag

Plenum, 23.01.2017

Dok. 165 – Zustimmungsdekret zur Vermeidung von Doppelbesteuerung Uganda

-Alain Mertes-

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Damen und Herren,

Schon im März 2016 habe ich bei der Abstimmung zu einem vergleichbaren Zustimmungsdekret mit der Republik Ruanda auf die Problematik solcher Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung hingewiesen.

Meine Ausführungen basierten damals vor allem auf einem Bericht der Organisation 11.11.11. Ich möchte heute nur die bedeutsamsten Punkte wiederholen.

Weltweit hat Belgien über neunzig Steuerabkommen unterzeichnet, 41 davon mit Entwicklungsländern. Ihr erklärtes Ziel ist es, dass belgische Unternehmen nur einmal besteuert werden.

Die Forscher von 11.11.11 überprüften diese 41 Steuerabkommen mit Entwicklungsländern und fanden heraus, dass 28 Verträge, darunter auch der mit Uganda, um den es heute hier geht, niedrigere Quellensteuersätze für Einkünfte aus Dividenden und Zinsen belgischer Unternehmen im Ausland beinhalten.

Alle betroffenen Entwicklungsländer zusammen verlieren 35 Millionen Euro pro Jahr als Folge von reduzierten Quellensteuersätzen, während ihr Investitionsbedarf in grundlegenden Dienstleistungen wie Schulen und Gesundheitswesen in die Höhe schießt. Weiter heißt es, dass Doppelbesteuerungsabkommen andere Formen der Steuervermeidung und -hinterziehung erleichtern, sei ebenfalls bekannt.

Denn die belgischen Steuerabkommen enthalten oft keine wirksamen Maßnahmen zur Missbrauchsbekämpfung und ermöglichen multinationalen Unternehmen diese Verträge zu verwenden, um einer Verlagerung der Gewinne zu tätigen.

Auf Basis dieser Erkenntnisse fordert 11.11.11 die belgische Regierung auf, ihre Vertragspolitik gegenüber den Entwicklungsländern zu überprüfen.

Zur Bewertung müsse eine umfassende und unabhängige Folgenabschätzung der bestehenden Verträge mit den Entwicklungsländern durchgeführt werden.

Eine Reihe von Steuerabkommen enthielten geradezu schädlichen Bestimmungen, die die Steuerbemessungsgrundlage der Entwicklungsländer untergraben.

Seite 1 von 2

Darüber hinaus bestünde bei einigen Verträgen ein reales Risiko einer doppelten Nichtbesteuerung.

Wie Sie sehen, Kolleginnen und Kollegen, schaden solche Abkommen den Entwicklungsländern.

Durch dieses Abkommen, welches uns heute hier zur Abstimmung vorliegt, verschärft sich die schlechte wirtschaftliche Situation in den Partnerländern weiter.

Dass das nicht das ist, was die Bürger Ugandas jetzt brauchen, ist hoffentlich allen klar in diesem Haus.

Für mich ist aber nicht ganz klar, wieso Sie, Kolleginnen und Kollegen, diesem Dekret heute zustimmen wollen? Und auch nicht, warum die Regierung und allen voran der Ministerpräsident, uns um die Annahme dieses Zustimmungsdekret bittet?

Denn Sie unterstützen damit, dass noch mehr Menschen ihre Heimat verlassen, weil sie auch aufgrund wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit, keine andere Möglichkeit sehen, als irgendwo anders eine bessere Zukunft zu suchen.

Liegen Ihnen diese Menschen denn erst dann am Herzen, wenn sie hier angekommen sind? Oder wie sollen wir Ihre so frömmig bekundete Solidarität mit den hier ankommenden Flüchtlingen deuten?

Dies ist schlicht und einfach Heuchelei!

Wenn es um Freihandelsabkommen, wie beispielsweise CETA geht, dann tut der Ministerpräsident zumindest noch so, als würde er sich für die Interessen der Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft einsetzen. Dass er nicht wirklich den Mut dazu hat, dürfte wohl allen nach den Ereignissen vom letzten Oktober bekannt sein. Doch können wir das als Argument stehen lassen? Natürlich nicht!

Wie oft wird hier im Haus erwähnt, beispielsweise wenn es um Bildung geht, wie wichtig es sei, unsere Kinder und Jugendlichen zu kritischen Menschen und Bürgern mit Zivilcourage zu erziehen.

Was sollen die jungen Menschen denn davon halten, wenn die, die ihnen das so nahe legen, es selbst nicht vorleben?

Kolleginnen und Kollegen, überlegen Sie sich es nochmals und nehmen Sie die Herausforderung an und zeigen Sie Mut, ja zeigen Sie Zivilcourage und lehnen Sie dieses Zustimmungsdekret ab. Seien Sie ein Vorbild für unsere Jugend. Und stellen Sie das Wohl der Menschen über politische Interessen.

Ein NEIN wäre womöglich nur ein kleiner Schritt in dieser globalisierten Welt, mag sein, aber ein wahrhaftiger!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Alain Mertes,
Vivant-Fraktion